

## **Schriftliche Kleine Anfrage**

des Abgeordneten Mehmet Yildiz (DIE LINKE) vom 11.05.17

### **und Antwort des Senats**

**Betr.: Entwicklung der Kosten der Unterkunft in Hamburg: Wer kann sich das Wohnen in Hamburg noch leisten?**

*Der Hamburger Mietmarkt bleibt nach wie vor für viele Menschen in der Stadt ein Problem. So ergab der letzte Mietenspiegel eine durchschnittliche Steigerung der Mieten von 6,01 Prozent. Nach der diesjährigen Untersuchung der Schüler des Gymnasiums Ohmoor beträgt die Neuvermietungsmiete in Hamburg im Schnitt 12,68 Euro pro Quadratmeter. Das ist im Vergleich zum Jahr 2006 eine Steigerung von rund 50 Prozent. Die allgemeinen Lebenshaltungskosten sind nach den Daten des statistischen Bundesamtes im gleichen Zeitraum um 17 Prozent gestiegen. Die Menschenschlangen an den Hamburger Tafeln und Suppenküchen werden immer länger; inzwischen werden nach Auskunft der Hamburger Tafeln wöchentlich rund 20.000 Menschen so mit Lebensmitteln versorgt. Die hohen Mietkosten sind mittlerweile ein Armutsrisiko geworden, und es gibt Menschen in der Stadt, die sich Ihre Miete quasi „vom Munde absparen“ müssen.*

*Vor diesem Hintergrund frage ich den Senat:*

Die Kosten für Unterkunft und Heizung werden erst ab 2005, dem Jahr des Inkrafttretens des SGB II und SGB XII, verfahrenstechnisch gesondert erfasst und von den übrigen gesetzlichen Leistungen zum Lebensunterhalt abgegrenzt. Eine händische Auswertung aller Sozialhilfeakten der Jahre 1990 bis 2004 ist in der für die Beantwortung einer Parlamentarischen Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich. Die Fragen können daher erst für die Zeit ab 2005 beantwortet werden.

Im Geltungsbereich des AsylbLG werden die Kosten der Unterkunft und Heizung erst ab dem Haushaltsjahr 2009 gesondert dargestellt.

Für den Rechtskreis SGB II wird auf die methodische Hinweise des Statistik-Service der Bundesagentur für Arbeit zur „Wohn- und Kostensituation“ verwiesen: „Die Wohnsituation und Wohnkosten beschreiben die Wohnverhältnisse von Bedarfsgemeinschaften in der Grundsicherung für Arbeitsuchende.“

Vonseiten des Statistik-Service der Bundesagentur für Arbeit erfolgt eine statistische Auswertung zu „Wohn- und Kostensituation – Deutschland, Länder, Kreise, Jobcenter“. Diese öffentlich zugängliche statistische Auswertung liegt im Zuge der Datenrevision im Jahr 2016 aktuell rückwirkend bis Januar 2015 vor. Detaillierte Hintergrundinformationen zur Datenrevision sind den Methodenberichten zu entnehmen.

Zu den sogenannten Ausgaben für passive Leistungen – Kosten der Unterkunft wird auf die öffentlich zugänglich statistischen Jahresauswertungen des Statistik-Service der Bundesagentur für Arbeit zu „Ausgaben für aktive und passive Leistungen im SGB II“, hier Reiter 1. und 2., verwiesen: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/>

Statistik/Statistik-nach-Themen/Einnahmen-Ausgaben/Einnahmen-Ausgabenstatistik/  
Einnahmen-Ausgabenstatistik-Nav.html.

Eine weiterführende Berichterstattung im Sinne der Fragestellungen ist im Rahmen der zur Verfügung stehenden Zeit zur Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage nicht möglich. In diesem Zusammenhang wird auf die „Zeitreihe der Strukturen der Grundsicherung für Arbeitsuchende – Deutschland, Länder, Kreise“ (Reiter 3. Zahlungsansprüche und 6. Zahlungsansprüche\_JD) verwiesen:

<https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/Aktuell/iiia7/zeitreihekreise-zr-gruarb/zr-gruarb-02-0-xlsx.xlsx>.

Dies vorausgeschickt, beantwortet der Senat die Fragen teilweise auf Grundlage von Auskünften von Jobcenter team.arbeit.hamburg und des Statistikamtes Nord wie folgt:

1. *Wie viele Hamburger/-innen und Hamburger Haushalte sind auf eine staatliche Übernahme von Kosten für Unterkunft und Heizung (KdU) angewiesen und wie hat sich die Zahl seit 1990 entwickelt? Bitte nach Jahren, Anzahl der Personen im Haushalt und Anzahl der Haushalte auflisten.*

Für die Rechtskreise SGB XII und AsylbLG siehe Anlage.

Für den Rechtskreis SGB II: Vonseiten des Statistik-Service der Bundesagentur für Arbeit erfolgt keine Auswertung im Sinne der Fragestellung. Im Übrigen siehe Vorbe-merkung.

2. *Wie hoch ist der Anteil der auf die staatliche Übernahme von Kosten für Unterkunft und Heizung (KdU) angewiesenen Haushalte an der gesamten Anzahl der Mieter/-innenhaushalte in Hamburg? Bitte nominal und prozentual seit 1990, sowohl nach der Anzahl der Haushalte sowie der dem Haushalt angehörigen Anzahl der Personen, auflisten.*

Das Statistikamt Nord verfügt über Daten zu privaten Mieterhaushalten aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, die alle fünf Jahre erhoben wird. Ein prozentua-ler Vergleich lässt sich nicht erstellen, da die EVS für den erfragten Zeitraum lediglich die Jahre 2008 und 2013 enthält.

<b>Wohnsituation privater Haushalte in Haushalten zur Miete/Mietfrei in Hamburg mit Stand 01.01.</b>						
<b>Jahr</b>	<b>Haushalte insgesamt (in 1000)</b>	<b>Davon mit .... Person(en)</b>				
		<b>1</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>5 und mehr</b>
2013	753	433	215	(31)	(67)	/
2008	721	407	201	71	(36)	/
2003	705	388	207	62	(42)	/
1998	719	390	204	65	44	(16)

/ = keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug

() = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Quelle: Statistikamt Nord, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Für den Rechtskreis SGB II siehe Antwort zu 1.

3. *Bei wie vielen Hamburgern/-innen und Hamburger Haushalten, welche auf die staatliche Übernahme von Kosten für Unterkunft und Heizung angewiesen sind, liegt die tatsächliche Miete oberhalb der Angemessenheitsgrenze und kann somit nicht die tatsächliche Miete in voller Höhe abdecken?*
  - a) *Bei wie vielen Haushalten übernimmt die Stadt die Differenz, das heißt zahlt die Mietkosten in der realen Höhe? Bitte nominal und prozentual an der Gesamtzahl jährlich seit 2005 benennen.*
  - b) *Bei wie vielen Haushalten wird die Differenz nicht übernommen?*
  - c) *Was sind die am häufigsten angeführten Begründungen für die nicht übernommenen vollen Mietkosten.*

Es wird nicht erfasst, in wie vielen Fällen die tatsächliche Miete oberhalb der Angemessenheitsgrenze liegt. Notwendig wäre eine Auszählung aller Leistungsakten. Dies ist bei rund 235.000 Leistungsberechtigten in der für die Beantwortung einer Parlamentarischen Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich.

4. *Wie viele Hamburger/-innen und Hamburger Haushalte die auf eine staatliche Übernahme von Kosten für Unterkunft und Heizung (KdU) angewiesen sind, haben seit 1990 eine Aufforderung erhalten, die Mietkosten zu senken? Bitte jährlich nominal sowie prozentual im Verhältnis zu der Gesamtzahl der Empfänger/-innen eines KdU Zuschusses seit 1990, sowohl nach Haushalten sowie der dem Haushalt angehörigen Anzahl der Personen, auflisten?*

<b>SGB XII und AsylbLG</b>	<b>Anzahl der Bedarfsgemeinschaften</b>	<b>Anzahl der Bedarfsgemeinschaften, die zur Senkung der Kosten aufgefordert wurden</b>	<b>prozentualer Anteil</b>	<b>Anzahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften, die zur Senkung der Kosten aufgefordert wurden.</b>
2011	44.938	191	0,43%	937
2012	47.499	231	0,49%	1.281
2013	50.381	240	0,48%	1.447
2014	56.289	240	0,43%	1.444
2015	67.221	205	0,30%	1.227
2016	70.328	203	0,29%	955
2017*	56.544	142	0,25%	469

\* Zahlen in 2017 nur für den Zeitraum Jan. – Apr.

Die Beantwortung der Fragestellung für den Rechtskreis SGB II erfolgt auf Basis einer händischen Auswertung zu den Kostensenkungsaufforderungen vonseiten Jobcenter team.arbeit.hamburg. Für die Jahr 2014 bis aktuell Februar 2017:

2014: 1.571

2015: 1.140

2016: 923

2017: 85 (Januar bis Februar 2017)

Für die Auswertung der Vorjahre siehe die Drs. 19/1156; 20/3714; 20/5659; 20/9827 sowie 20/13540. Im Übrigen siehe Vorbemerkung.

5. *Wie vielen der unter Punkt 4. Betroffenen Haushalte gehörten Kinder an?*

Die zur Beantwortung benötigten Daten werden nicht gesondert erfasst. Notwendig wäre eine Auszählung aller 235.000 Leistungsakten. Dies ist in der für eine Parlamentarische Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich.

6. *Wie haben sich seit 1990 die Kosten der Unterkunft in Hamburg entwickelt? Bitte nach Jahren auflisten.*

	<b>KdU Kap. 3 SGB XII</b>	<b>KdU Kap. 4 SGB XII</b>	<b>KdU AsylbLG §2 und §3</b>	<b>KdU SGB II</b>	<b>KdU gesamt</b>
	<b>Tsd. Euro</b>	<b>Tsd. Euro</b>	<b>Tsd. Euro</b>	<b>Tsd. Euro</b>	<b>Tsd. Euro</b>
<b>Ist 2005</b>	10.991	51.142		430.164	<b>492.296</b>
<b>Ist 2006</b>	8.956	57.388		470.180	<b>536.525</b>
<b>Ist 2007</b>	12.428	64.208		478.644	<b>555.279</b>
<b>Ist 2008</b>	12.704	71.747		483.716	<b>568.167</b>
<b>Ist 2009</b>	13.381	76.965		495.083	<b>585.429</b>
<b>Ist 2010</b>	10.197	86.080	11.187	498.039	<b>605.503</b>
<b>Ist 2011</b>	18.360	98.110	12.225	481.203	<b>609.898</b>
<b>Ist 2012</b>	20.765	107.919	13.345	483.962	<b>625.991</b>
<b>Ist 2013</b>	18.894	118.548	14.378	483.083	<b>634.903</b>
<b>Ist 2014</b>	18.265	130.100	16.423	488.094	<b>652.881</b>

	<b>KdU Kap. 3 SGB XII</b>	<b>KdU Kap. 4 SGB XII</b>	<b>KdU AsylbLG §2 und §3</b>	<b>KdU SGB II</b>	<b>KdU gesamt</b>
	<b>Tsd. Euro</b>	<b>Tsd. Euro</b>	<b>Tsd. Euro</b>	<b>Tsd. Euro</b>	<b>Tsd. Euro</b>
<b>Ist 2015</b>	18.278	138.462	15.401	494.164	<b>666.304</b>
<b>Ist 2016</b>	18.138	147.686	19.711	497.681	<b>683.216</b>

7. *Wie hat sich der vom Bund getragene Anteil der Kosten der Unterkunft seit 1990 entwickelt? Bitte nominal und prozentual nach Jahren auflisten.*

	<b>KdU Kap. 4 SGB XII</b>		<b>KdU SGB II</b>		<b>KdU gesamt</b>
	<b>Tsd. Euro</b>	<b>%</b>	<b>Tsd. Euro</b>	<b>% <sup>1)</sup></b>	<b>Tsd. Euro</b>
<b>Ist 2005</b>	22.209	*	124.071	29,10%	<b>146.280</b>
<b>Ist 2006</b>	22.209	*	136.777	29,10%	<b>158.986</b>
<b>Ist 2007</b>	22.209	*	149.295	31,20%	<b>171.504</b>
<b>Ist 2008</b>	22.209	*	139.685	28,60%	<b>161.894</b>
<b>Ist 2009</b>	16.635	13%	125.868	25,40%	<b>142.503</b>
<b>Ist 2010</b>	18.893	14%	114.765	23,00%	<b>133.658</b>
<b>Ist 2011</b>	21.796	15%	170.879	35,80%	<b>192.675</b>
<b>Ist 2012</b>	72.417	16%	173.520	35,80%	<b>245.937</b>
<b>Ist 2013</b>	153.392	75%	173.267	35,90%	<b>326.660</b>
<b>Ist 2014</b>	130.100	100%	172.732	34,32%	<b>302.833</b>
<b>Ist 2015</b>	138.461	100%	190.959	38,60%	<b>329.421</b>
<b>Ist 2016</b>	147.686	100%	204.887	41,10%	<b>352.575</b>

<sup>1)</sup> Die Erstattungssätze enthalten alle Beteiligungsanteile nach §46 SGB II.

\* Prozente können nicht benannt werden, da sich diese Summe aus den Ausgleichszahlungen zur Deckung der durch die Grundsicherung entstehenden Mehrkosten nach § 34 Absatz 2 WoGG a.F. ergaben. Der Betrag wurde für die Jahre 2007 und 2008 bis zur gesetzlichen Neuregelung in § 46a SGB XII a.F. fortgeschrieben.

Jahr	Anzahl Personen der BG	Anzahl BGs	Anzahl Personen
2005	1	29.478	29.478
	2	4.591	9.182
	3	925	2.775
	4	741	2.964
	5	467	2.335
	6	226	1.356
	7	81	567
	8	29	232
	9	7	63
	10	3	30
	11	3	33
	12	1	12
<b>2005</b>	<b>Summe:</b>	<b>36.552</b>	<b>49.027</b>

Jahr	Anzahl Personen der BG	Anzahl BGs	Anzahl Personen
2006	1	29.608	29.608
	2	4.418	8.836
	3	736	2.208
	4	648	2.592
	5	409	2.045
	6	185	1.110
	7	73	511
	8	27	216
	9	7	63
	10	4	40
	11	1	11
<b>2006</b>	<b>Summe:</b>	<b>36.116</b>	<b>47.240</b>

Jahr	Anzahl Personen der BG	Anzahl BGs	Anzahl Personen
2007	1	30.619	30.619
	2	4.636	9.272
	3	667	2.001
	4	574	2.296
	5	343	1.715
	6	164	984
	7	60	420
	8	26	208
	9	8	72
	10	4	40
<b>2007</b>	<b>Summe:</b>	<b>37.101</b>	<b>47.627</b>

Jahr	Anzahl Personen der BG	Anzahl BGs	Anzahl Personen
2008	1	31.480	31.480
	2	4.692	9.384
	3	585	1.755
	4	473	1.892
	5	254	1.270
	6	122	732
	7	42	294
	8	20	160
	9	11	99
	10	6	60
<b>2008</b>	<b>Summe:</b>	<b>37.685</b>	<b>47.126</b>

Jahr	Anzahl Personen der BG	Anzahl BGs	Anzahl Personen
2009	1	32.648	32.648
	2	4.708	9.416
	3	549	1.647
	4	400	1.600
	5	217	1.085
	6	108	648
	7	39	273
	8	18	144
	9	11	99
	10	5	50
	11	1	11
	12	1	12
<b>2009</b>	<b>Summe:</b>	<b>38.705</b>	<b>47.633</b>

Jahr	Anzahl Personen der BG	Anzahl BGs	Anzahl Personen
2010	1	33.959	33.959
	2	5.016	10.032
	3	596	1.788
	4	393	1.572
	5	214	1.070
	6	99	594
	7	30	210
	8	14	112
	9	8	72
	10	2	20
	12	1	12
	13	1	13
<b>2010</b>	<b>Summe:</b>	<b>40.333</b>	<b>49.454</b>

Jahr	Anzahl Personen der BG	Anzahl BGs	Anzahl Personen
2011	1	37.926	37.926
	2	5.492	10.984
	3	712	2.136
	4	423	1.692
	5	220	1.100
	6	109	654
	7	35	245
	8	13	104
	9	3	27
	10	3	30
	12	1	12
	13	1	13
<b>2011</b>	<b>Summe:</b>	<b>44.938</b>	<b>54.923</b>

Jahr	Anzahl Personen der BG	Anzahl BGs	Anzahl Personen
2012	1	39.936	39.936
	2	5.931	11.862
	3	764	2.292
	4	464	1.856
	5	218	1.090
	6	120	720
	7	45	315
	8	14	112
	9	2	18
	10	3	30
	12	1	12
	13	1	13
<b>2012</b>	<b>Summe:</b>	<b>47.499</b>	<b>58.256</b>



Jahr	Anzahl Personen der BG	Anzahl BGs	Anzahl Personen
2013	1	42.224	42.224
	2	6.285	12.570
	3	848	2.544
	4	531	2.124
	5	289	1.445
	6	132	792
	7	41	287
	8	20	160
	9	4	36
	10	4	40
	11	1	11
	12	1	12
	13	1	13
<b>2013</b>	<b>Summe:</b>	<b>50.381</b>	<b>62.258</b>

Jahr	Anzahl Personen der BG	Anzahl BGs	Anzahl Personen
2014	1	46.949	46.949
	2	6.855	13.710
	3	1.073	3.219
	4	690	2.760
	5	402	2.010
	6	214	1.284
	7	59	413
	8	31	248
	9	10	90
	10	3	30
	11	2	22
	12	1	12
<b>2014</b>	<b>Summe:</b>	<b>56.289</b>	<b>70.747</b>

Jahr	Anzahl Personen der BG	Anzahl BGs	Anzahl Personen
2015	1	55.646	55.646
	2	7.596	15.192
	3	1.591	4.773
	4	1.247	4.988
	5	695	3.475
	6	294	1.764
	7	89	623
	8	40	320
	9	12	108
	10	6	60
	11	4	44
	12	1	12
<b>2015</b>	<b>Summe:</b>	<b>67.221</b>	<b>87.005</b>

Jahr	Anzahl Personen der BG	Anzahl BGs	Anzahl Personen
2016	1	57.630	57.630
	2	7.885	15.770
	3	1.732	5.196
	4	1.487	5.948
	5	936	4.680
	6	406	2.436
	7	153	1.071
	8	56	448
	9	27	243
	10	11	110
	11	5	55
<b>2016</b>	<b>Summe:</b>	<b>70.328</b>	<b>93.587</b>

<b>Jahr</b>	<b>Anzahl Personen der BG</b>	<b>Anzahl BGs</b>	<b>Anzahl Personen</b>
2017	1	47.615	47.615
	2	6.524	13.048
	3	875	2.625
	4	730	2.920
	5	471	2.355
	6	215	1.290
	7	65	455
	8	30	240
	9	14	126
	10	3	30
	11	2	22
<b>2017</b>	<b>Summe:</b>	<b>56.544</b>	<b>70.726</b>

Daten ohne SGB II